

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

|   |  |  |
|---|--|--|
| Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends<br>Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)<br>Bestellungen nur durch die Post<br>Schluß des Blattes: Donnerstags mittags | Herausgegeben vom<br><b>Deutschen Baugewerksbund</b><br>Hamburg 25, Wallstr. 1 | Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.<br>Arbeitsmarkt die dreispaltige Kleinzeile 3 M.,<br>Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A. |
|---|--|--|

## Christlich-nationale Gewerkschaftsrevolution.

„Augen haben sie, und sehen nicht... Und wenn Ihnen einer die Augen öffnen und zeigen will, wie wir in eine neue Periode innerer Revolution hineinführen, dann schimpfen sie. So geht es uns seit dem Kölner Parteitag.“

(„Der Deutsche“ am 8. Januar 1929.)

Die Zeitung, die so revolutionär schreibt, ist die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Ihre Worte richten sich gegen die Zentrumspresse, der „Der Deutsche“ nicht genug in „Verständigung“ macht. Denn seit dem Kölner Parteitag steht „Der Deutsche“ „keinen Silberstreifen am Parteihorizont“. Das ist auch bei den Zeitungen der eigentlichen christlichen Gewerkschaftspresse zu merken, deren Verschnuppsfing sich bei einem Teil durch Stillschweigen, bei einem andern durch Kleinlautsein äußert.

Was hat sich ereignet?

Auf dem vorjährigen Parteitag der deutschen Zentrumspartei mußte wegen des Rücktritts der bisherigen Vorsitzenden, Reichskanzler Marx, ein neuer Parteivorstand gewählt werden. Eine solche Wahl wird in keiner großen Organisation dem Abstimmungsfall überlassen; sondern es ist Pflicht der obersten Körperschaften, des Vorstandes und des Ausschusses oder Beirates, der Hauptversammlung — in diesem Falle dem Parteitag — einen geeigneten Kandidaten zu empfehlen. Das hat der Vorstand der Zentrumspartei auch getan. Und zwar hatte er angeknüpft an die bisher geltende Übung, daß in die Führung der Partei stets solche Männer berufen wurden, die bereits an zweifacher Stelle wirkten. Der an zweifelter Stelle wirkende Mann war Adam Stegerwald, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Herr Stegerwald war also, der Zentrumstradition entsprechend, Anwärter für das Amt des Parteivorstehenden; nicht deshalb, weil er seit langem der Vorsitzende der Fraktion, sondern weil — da der bisherige Parteivorstehende Marx, Reichskanzler war — Stegerwald als zweifelter Vorstandskollege Marx' tatsächlich auch die Partei führte. Aber selbst im Vorstand der Zentrumspartei sprach sich für die Vorstandskandidatur Stegerwalds nur eine geringe Mehrheit aus, und schon im Ausschuß wurde Stegerwald dadurch erledigt, daß sein Vorschlag, Partei- und Fraktionsführung in die gleichen Hände zu legen, abgelehnt wurde. Auf dem Parteitag selbst aber bekam Stegerwald nur ein Viertel der abgegebenen Stimmen; fiel also „mit Pauken und Trompeten“ durch. Stegerwald, der Kandidat der christlichen Gewerkschaften und der Zentrumsarbeiter, erhielt nur 42 Stimmen. Gewählt aber wurde mit 160 Stimmen der Prälat Dr. Ludwig Kaas. Das Bürgerturn in der Zentrumspartei hatte über die Arbeiterschaft gesiegt! Es hatte den für den höchsten Posten in der Partei ausserordentlichen ehemaligen Arbeiter zurückgestoßen. Das empfinden die christlichen Gewerkschaften mit Recht als eine unverdiente Zurücksetzung. Sie und ihr erster Führer, die dieser bürgerlichen Partei die Arbeiterwähler zuführen; sie, die sich als die Vertreter jenes Teiles des deutschen Volkes fühlen, die „als Lohn- und Gehaltsempfänger 70 % der Bevölkerung ausmachen“, werden zurückgestoßen! Die christlichen Arbeiter-Zentrumsführer, die den seit den Maiwahlen offenkundigen Niedergang der Zentrumspartei aufhalten wollen, müssen sehen, wie einer ihrer Besten öffentlich bräskiert wird, trotzdem er so

schön in den Rechtspartei-Bürgerblock hineinpaßt! Das ist wahrhaftig zuviel, und reißt sich würdig dem an, was schon seit langem aus eigenen Weltanschauungskreisen gegen die christlichen Gewerkschaften beabsichtigt ist. Die christlichen Gewerkschaften fühlen, daß von katholischer Seite alles getan werden soll, um „die christlichen Gewerkschaften als selbständige und unabhängige Arbeiterbewegung erledigen zu können“.

### DAS WAHRZEICHEN DER UNFALLVERHÜTUNGSWOCHE



Die schon eingeleitete „Katholische Aktion“, die eine von „oben“ angeordnete Zusammenfassung aller auf dem Boden der römisch-katholischen Konfession stehenden Vereine ist, um sie zum Kampf gegen den „Materialismus“ und für den „Frieden Christi im Reiche Christi“ zu führen, sei auch gegen die auf interkonfessionellem Boden stehenden Gewerkschaften gerichtet. Daher auch das Ausspielen des katholischen Arbeitervereinsführers Joos gegen den christlichen Gewerkschaftsführer Stegerwald auf dem Zentrumsparteitag. Diese Dinge allesamt sind den christlichen Gewerkschaften sehr unangenehm. Sie führen deshalb in ihren Zeitungen bittere Klage, wobei sie aber bei der Unterjochung der Ursachen oftmals zu Feststellungen kommen, die deutlich zeigen, wie weit die Verwirrung selbst in christlichen Gewerkschaftsführerkreisen schon gediehen ist. Im ihren Anhängern Trost spenden zu können, wird manches kühne Wort gesprochen. Eines von denen haben wir an die Spitze dieses Aufsatzes gesetzt. Aber plötzlich wird auf die freien Gewerkschaften losgeschlagen, um sich selbst in empfehlende Erinnerung bringen zu können. Dabei gefallen sich die christlich-nationalen Schreiber in kindlich anmutenden Schlussfolgerungen, die wohl besonders für die Zentrumsarbeiter bestimmt sind, die Arm in Arm mit den freigewerkschaftlichen Brüdern kämpfen, also „materiellen Dingen“ nachjagen. „Die christlichen Gewerkschaften radikal als die freien“ ruft eine christliche Gewerkschaftszeitung, die es ja wissen muß, und beruft sich dabei auf einen Unternehmeranspruch!

Wir sind nicht so einfältig, ihnen diesen Radikalismus abzufreien, zumal wir aus der Erfahrung wissen, daß es stets Leute und Organisationen gegeben hat, die sich um so radikaler gebärden, je schwächer sie sind. Wir bezweifeln auch nicht, daß die christlichen Gewerkschaften fähig sind, den Radikalismus der Kommunisten erfolgreich schlagen zu können. — Nicht so naiv, wie die eben erwähnte Stimme, sondern einen mehr wissenschaftlich-radikalen Instanz gibt sich das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, indem es schreibt: „Nicht Sozialismus und Kommunismus, nicht die freien Gewerkschaften werden als gefährlichste Gegner dieser „bürgerlichen Ordnung“ betrachtet, sondern die christlichen Gewerkschaften, die handeln anstatt zu reden, die selbständig sind, wo Unterwürfigkeit verlangt wird.“ Diese selbstgefälligen Worte sind für die Zentrumsarbeiter und christlichen Gewerkschafter berechnend, die mit uns die Segnungen der bürgerlichen Weltordnung genießen. Ihnen soll eingetrichtert werden, daß auch die christlichen Gewerkschaften Gegner der „bürgerlichen Ordnung“ sind. Solche Befeuerungen sind nun eben mal notwendig, wenn man von einer bürgerlichen Partei den Stuhl vor die Tür gefeßt bekommt und den Grund dieser Handlungsweise nicht erkennen will. Der von dieser Handlungsweise persönlich am meisten Betroffene fand sogar plötzlich den Glauben an die Demokratie, an die schaffende und gestaltende Kraft des Volkes. Das ist angesichts seines bisherigen Lebenslaufes fast unfassbar. Denn wie oft in diesen zehn Jahren Republik hat er, der jetzige Dr. Adam Stegerwald, nicht an die Kraft des Volkes, sondern an das Bürgerturn glauben wollen! Er glaubte 1920 eine „große Partei der Mitte“ wahrscheinlich nach dem Motto: „wir sind weder republikanisch, noch monarchistisch“ schaffen zu können. Diesem nun parteipolitisch Gestützten ist das behauerte Schicksal beschieden, das sein Parteifreund Dr. Josef Wirth — der ihm auf dem Kölner Parteitag feste, aber vergeblich die Leiter zum Parteivorstandesstuhl gehalten hat — in folgende Worte kleidet: „Es ist in der Tat ein Treppennuß und eine Ironie der Parteigeschichte in Deutschland, daß ein politischer Mensch wie Adam Stegerwald in dem Augenblick, wo er den gewerkschaftlichen Kreis als praktizierender Parteiführer längst durchbrochen hat, von bürgerlichen Menschen zurückgestoßen wird und sich dann, wie es in Essen jetzt geschah, in seinen Arbeitnehmerkreisen über seinen politischen Vorstoß noch rechtfertigen muß.“ Stegerwald ging also von Köln nach Essen, allwo die christliche Arbeiterkraft zusammengetrommelt war, und „rechtfertigte“ sich. Seine Rede enthält Worte und Wendungen, die von weittragender Bedeutung wären, wenn ein Größerer als Stegerwald, wenn ein Mann von feinerem politischen Format sie gesprochen hätte. „Das 19. Jahrhundert hat überwiegend sein Gepräge bekommen vom Bürgerturn. Heute dagegen sind etwa 70 % des deutschen Volkes Gehalts- und Lohnempfänger. Das 20. Jahrhundert bekommt bei solcher Sachlage übrigens sein Gepräge durch die Arbeiterschaft.“ Etwa zur Hälfte sei der Emanzipationskampf der Arbeiter bereits durchgeführt, aber — so sagt der Gewerkschaftsführer Stegerwald — „der Emanzipationskampf der Arbeiter ist größtenteils ein politischer Kampf“, und deshalb kündigt er an, „in derselben Stunde, in der es offensichtlich würde, daß das Zentrum immer mehr Frauenpartei und die katholische Weltanschauung gegenüber den aktivsten Menschen keine ausreichende parteibildende Kraft mehr zu entwickeln vermöchte, in dieser selben Stunde entsünde eine christlich-soziale Volkspartei.“ Es fiel auch das

großklingende Wort: „Die christlichen Arbeiter und mit ihnen das christlich-deutsche Volk haben im 20. Jahrhundert eine Welt zu gewinnen oder eine Welt zu verlieren.“ Das ist ein Wort, daß die christlichen Gewerkschafter in ihrer Gewerkschaftsnot wieder auftriften soll. Aber sehr vielen wird es nur ein Wort, eben nur ein Wort sein. Manchem unter ihnen wird es in seiner Grundtendenz bekannt sein, denn sein Ursprung ist nicht bei Stegerwald zu suchen. Er hat es nur auf die christlichen Arbeiter abgewandelt. Aber die politische und gesellschaftliche Entwicklung sieht doch wahrhaftig nicht danach aus, daß die von Stegerwald geführten christlichen Arbeiter, wenn sie wollten, drauf und dran sein könnten, „eine Welt zu gewinnen“. Das ist nicht einmal dann der Fall, wenn mit der „Welt“ die deutsche Zentrumspartei gemeint ist. Für diesen innerparteilichen Zwist ist das schön klingende Wort auch viel zu groß. Die „Welt“ wird auch nicht gewonnen werden, wenn Stegerwalds Drohung mit einer zu schaffenden christlich-sozialen Volkspartei verwirklicht werden würde. Einer solchen Partei würden lange nicht soviel Wähler zufließen; wie Stegerwald annimmt; denn sein politischer Name hat auch in katholischen Arbeiterkreisen bei weitem nicht den Klang, den sein Träger irrtümlicherweise anzunehmen scheint. Am allerwenigsten wohl bei der Jugend; denn die katholische Jugend steht bei andern Zentrumsführern, nicht aber bei Herrn Stegerwald, der in schweren politischen Zeiten sich nicht offen zur Republik bekannte, sondern glaubte, sich gegen den Verdacht wehren zu müssen, „ein blinder Verehrer der Demokratie der Weststaaten Europas zu sein“. Selbst heute hat er nicht erkannt, daß die Arbeiterschaft nicht maggebenden Einfluß in einer Partei gewinnen kann, die die Grundlagen der jetzigen Gesellschaft so gut wie unangetastet lassen will. Eine Arbeiterschaft aber, die Gemeineigentum schaffen will, wird diesem Ziele nicht näher kommen, wenn ihre Interessen von einer Partei vertreten werden, in der — wie auf dem Kölner Zentrumsparteitag — die „Philister“ ausschlaggebend sind, „die glauben, daß im Zeitalter der Gewerbetreiberei bloß sie das Recht hätten, sich aufwärts zu arbeiten, während es den Arbeitern vermehrt sein müsse, sich persönliches und kollektives Eigentum zu erwerben“. Hier liegt in der Tat der christliche Gewerkschafts-Haß im Pfeffer. Und er wird dort solange liegen bleiben, bis man erkannt hat, daß es, um „eine Welt zu gewinnen“, ganz anderer Mittel bedarf, als die Gründung einer neuen, wenn auch christlich-sozialen Volkspartei. Auch mit Hilfe des von christlichen Gewerkschaftszeitungen in jüngster Zeit so sehr gelobten Radikalismus der christlichen Gewerkschaften wird „die Welt“ nicht gewonnen werden können. Ueberdies läßt die Rede ihres ersten Führers Stegerwald am besten erkennen, daß sich der ideale Inhalt seiner Essener Rede von 1928 von andern Reden nur durch die Drohung mit der Gründung einer neuen Partei unterscheidet, eine Drohung, die keine einzige politische Zeitung von Bedeutung ernst nimmt. Ideell ist Stegerwald sich freu geblieben. Wie diese Treue aussteht, wird sich sehr bald wieder zeigen. Er wird etwa zurückkommen auf den Tenor einer andern Essener Rede vom Jahre 1920, wo er sich dagegen verwahrt, „einer Arbeiterpartei das Wort zu reden“, wo er mehrfach die Weimarer Verfassung eine „Notverordnung“ nannte, der der eigentliche deutsche Charakter abgehe. Dagegen räumte er

den „Geist von 1914“! Wenn man sich dieser Worte und mancher anderer seiner politischen Handlungen erinnert, dann bleibt nur noch übrig, festzustellen, daß englischer Kaffengeißel und die Abneigung, die sich Stegerwald durch sein Verhalten bei der Regelung der Beamtenbesoldung bei den christlichen Beamten erworben hat, seinen politischen Absturz gewollt hat. Der Absturz war fast in gleichem Maße verdient und unverdient. Was für uns noch von Bedeutung ist, ist die erfreuliche Deutlichkeit, mit der gezeigt wurde, wie eng die christliche Gewerkschaftsbewegung mit dem bürgerlichen Zentrum verwachsen ist, trotz ihres selbst gerühmten Radikalismus!

Mit dem politischen Absturz Stegerwalds in Köln setzte die christlich-nationale Gewerkschaftsrevolution ein. „Der Deutsche“ wandte sich scharf gegen die „Zur-Politiker und die edlen Zionswächter“ und nahm die Stegerwaldsche Drohung mit einer christlich-nationalen Volkspartei auf. Aber man ist doch Zentrumsmann und gut bürgerlich! Solche Menschen machen doch keine Revolution, nicht einmal eine Parteirevolte gegen die von Stegerwald als „Philister“ bezeichneten Parteifreunde. Deshalb ist gar bald schon wieder die Sorge um die Zentrumspartei erwacht, und die als Drohung gedachte Lösung von der Gründung einer neuen Partei wird schon jetzt deutlich als Drohung erkennbar. „Die christliche Arbeiterschaft ist noch entschlossen, die Stellung in der Partei zu erobern, die ihrer Bedeutung entspricht.“ Daß dieser Kampf niemals im bürgerlichen Zentrum von Erfolg sein wird, glaubt niemand. Eine neue Partei, etwa mit Stegerwald an der Spitze, ist aber von vornherein nicht wettbewerbsfähig. Das sieht man in christlichen Gewerkschaftskreisen auch schon ein. Denn schon heute, neun Tage nach Erscheinen des Aufsatzes im „Deutschen“, in dem im Titel gefragt wird: „Ausbruch oder Aufbruch?“ kann man sich die Antwort auf diese Frage aus dem Leitartikel des „Deutschen“ vom 17. Januar holen. Nicht von Essen und nicht von Stegerwald, auch nicht von den christlichen Gewerkschaften wird ein Aufbruch ausgehen; sie werden nicht aufbrechen, sie werden auch ihre Anhänger nicht auffordern, aufzubrechen, um neue, bessere Wege zu suchen für den Befreiungskampf der 70 % Lohn- und Gehaltsempfänger. Sondern sie werden einstweilen davon abschwärzen, daß diese Massen „im demokratischen Staat die Macht in den Händen bekommen können“. Es ist also nichts mit dem Aufbruch, es wird auch nicht zu einem „Ausbruch“ aus den Zentrumshürden kommen. Es war nur der Ausbruch des Verrägers über die Niederlage Stegerwalds, in der nach dem christlichen Zentralblatt, das Bemühen sichtbar sei, die Niederlage Stegerwalds zur Abwürgung der christlichen Gewerkschaften auszunutzen.

Es ist also wieder ein Ausbruch noch ein Aufbruch zu erwarten. „Der Deutsche“ spricht schon

am 17. Januar nur noch von einer von Zentrumsgegnern konstruierten und erdichteten Krise und wendet sich gegen eine angebliche Aufschrift von „unerschütterter, den Gewerkschaften sehr nahestehenden Seite“ an die „Kölnische Zeitung“, in der von einer „weiteren Zuspitzung der Lage“ geredet und behauptet wird, daß „die christlichen Gewerkschaften heute nur noch unter gewissen Vorbehalten zur Politik der Zentrumspartei stehen. Hiergegen wendet sich der Stegerwald nahestehende „Deutsche“. Er bestreitet zunächst die Existenz des „den christlichen Gewerkschaften nahestehenden“ Verfassers der Aufschrift und setzt sich dann mit ihr auseinander. Von einer „weiteren Zuspitzung der Lage“ ist dem „Deutschen“ nichts bekannt. Der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund habe aber im Zentrum seine politische Querverbindung. „Der jüngste Zwist im Zentrum ist entstanden, nicht weil die Zentrumsarbeiter sich in ihren materiellen Belangen geschädigt glaubte, sondern weil sie sich in ihrer Ehre verletzt fühlte. Der deutliche Beweis dafür, daß die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Mitglieder das Volk über die Klasse stellen, besteht doch in ihrer Zugehörigkeit zu den bürgerlichen Parteien.“ „Der Deutsche“ wendet sich dann im weiteren Verlauf noch gegen linke und jugendbewegte Zentrumskräfte — die nach allgemeiner Ansicht zuverlässige Republikaner sind — und hofft zum Schluß, daß „auch die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten einen Ausklang finden, indem man sich einander die Hände reicht und gemeinsam weiterwirkt“. Mit dem Aufbruch ist es also schon ganz und gar nichts. Und mit dem in Essen geforderten Reichsarbeiterbeirat in der bürgerlichen Zentrumspartei hat's auch noch lange Zeit. Wahrscheinlich kommt er überhaupt nicht, denn in den Spalten der christlichen Gewerkschaftspresse ist er heute schon nicht mehr zu finden.

So wurde ein großer Aufwand von Lungen- und Nervenkraft schmachdill verthan. Jede christlich-nationale Gewerkschaftsrebellion wird so auslaufen; denn es ist von einer bürgerlichen Partei zuviel verlangt, der Gewerkschaftsbewegung die ihr gebührende Anerkennung zu gewähren. Jede Gewerkschaftsbewegung, die doch ihrer Natur nach nur wirtschaftliche Arbeiterbewegung sein kann, begibt sich nicht unerheblichen Teiles ihrer Macht, wenn sie die Vertretung ihrer Interessen in den politischen Körperschaften einer bürgerlichen Partei anvertraut. Deshalb kann es nur die Lösung jeder Arbeiterbewegung von bürgerlichen Parteien und ihren Philisteridealen geben. Auch von manchem christlichen Gewerkschaftsführer gilt das Wort des „Deutschen“: „Zuger haben sie, und sehen nicht...“ Wir fragen: Wie lange noch?

Der Verlauf der christlich-nationalen Gewerkschaftsrevolution im Zentrumslager hat gezeigt, daß nur die immer mehr erstarkende freie Gewerkschaftsbewegung „eine Welt gewinnen“ kann!

## Der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes.

Der Reichsrat als Parlamentsorgan.

Mit den höchsten Profeten, die ein Bestandteil der Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder sind, hat der Reichsrat den Arbeitsschutzgesetzentwurf abermals verabschiedet. Mit ihm hat er sich dabei nicht belehrt! Wenn man sich die großen Anstrengungen hinsichtlich der Bestrebungen zum Einheitsstaat vor Augen führt und an die vielen Konflikten denkt, die gebietweise die Aufhebung der einzel-

staatlichen Grenzen fordern, und dann das Ergebnis in Gestalt des „Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes“ genauer ansieht, dann kann man auf den Reichsrat bezogen die Worte Storms gebrauchen: Kein Klang der aufgeregten Zeit drang noch in diese Einsamkeit.

Radikalfreier mögen sich über die konservative Einstellung des Reichsrats freuen; die deutsche Arbeiterkraft hat aber an einer solchen Länderkonferenzfabrik kein

### Beim D. H. W. zu Gast.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) hatte zu der Erstaufführung seines Films eingeladen. Freunde und Mitglieder seines Verbandes sowie Vertreter von staatlichen Behörden und Körperschaften hatte er in die große „Schanburg“ gebeten. Ich gehörte nicht zu einer dieser vier Menschengruppen, hatte aber von einem Stadtbater eine Eintrittskarte bekommen; ging deshalb auch hin und hartete der Dinge die da kommen sollten.

In der „Schanburg“ waren Vertreter aller drei Schichten des Kaufmannstandes versammelt. Untere, mittlere und höhere kaufmännische Angestellte; auch eine Anzahl Chefs, Freunde und Gönner der Bewegung, dürften nicht gefehlt haben. Bei der zuerst genannten Schicht befand sich das Proletariat, auffällig viel faden-scheinig gekleidete, engbrüstige und schmaltbackige, aber mit durchaus sympathische Leute. Die obere Schicht fiel durch ihre mit exakter Eleganz ausgeführten Bekleidung auf. Sobald ein höherer Angestellter des DHV oder ein Ehrentreter den Rang betrat, nahmen etliche Rücken der Vertreter der Oberschicht die standesübliche Krümmung vor. — Die Mittelschicht bestand aus Kopien der Oberen. Da es nun einmal nicht ohne Begrüßungsrede und Vortrag abgeht, so wurden die Besucher nach der Begrüßung zunächst einmal über das Wesen und die Ziele des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes aufgeklärt. Der Redner wies in kurzgefaßten Worten auf die Tätigkeit und die Erfolge des Verbandes hin, wobei er immer und immer wieder betonte, das Ziel des Verbandes sei: „Die Erhebung der kaufmännischen Angestellten zum Stand, die

mit ihr verbundene Erziehung zum Standesbewußtsein wurde so oft und so stark betont, daß sich einem immer wieder die Frage aufdrängte, wie sich der DHV, angelehnt an die enormen Proletarisierung der Angestelltenchaft, die Verwirklichung des Zieles für die gesamte Angestelltenchaft denkt. Wahrscheinlich denkt er sich bei diesen Worten überhaupt nichts, sondern hat sie aus den 90er Jahren einfach mit übernommen. Der DHV anerkennt keinen Klassenkampf, denn er ist doch deutschnational! Sein Bestreben ist, das Gros der Angestellten zu zufriedenen Kleinbürgern mit bescheidenen Gehältern zu machen. Ein kleiner Teil seiner Mitglieder steigt etwa zum Abteilungsleiter empor und wird bei höherem Gehalt mit der bürgerlichen Gesellschaft ausgeglichen. Das alles mußten wir schon längst; aber wir wollten doch einmal sehen, wie diese Bestrebungen im Film aussehben.

Vor mir aber den Film zu sehen bekamen, stellte sich der Sprechchor der Jugendgruppe des DHV, mit einem Gedicht vor, das jeder Stahlschmelzvermahlung Ehre gemacht hätte. Es war im Geiste eines Revanchegedankens gehalten, man wollte wieder „ans Schwert greifen“ und schaute sich nach dem Helmschiff. Erst erhobenen Händen schwur diese Jugend Treue irgend einem abgetakelten Denker, was besonderen Beifall von den Herren mit den erakht ausgeführten Bekleidungen fand. Dann kam der Film! Um es gleich zu sagen: Vom gewerkschaftlichen Geist ist nur im ersten Teil etwas zu spüren. Aber auch hier nur sehr wenig. Nicht etwa eine Szene wo der mächtige DHV, seine Mitglieder in den Kampf um Gehalts- und Arbeitsbedingungen führt. Im Folgenden Würde er das tun, so müßte es doch heute wohl Gott bei den Angestellten etwas besser aussehen. — Der Film

beginnt recht geschickt mit einer Darstellung der unendlich langen Arbeitszeit der Handlungskommiss in den neunziger Jahren. In dieser Zeit erst begann der DHV, mit seiner Tätigkeit, denn am Beginn der neunziger Jahre ist er gegründet worden. Damals war aber die moderne Arbeiterbewegung, die freie Gewerkschaftsbewegung schon fast 30 Jahre alt. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften kämpften 1890 schon seit vielen Jahren für die politische und wirtschaftliche Besserstellung der Werkstätten, für gegenseitigen Neuwahlrechtschutz für die Verkürzung der Arbeitszeit. Als dann 1900 der geistliche Neuwahlrechtschutz kam, war das natürlich ausschließlich ein Erfolg des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Dagegen ist im Film alles, was später die freien Gewerkschaften in wirtschaftlichen Kämpfen und die Sozialdemokratie in politischen Kämpfen für die Arbeiterschaft errungen, und was man deshalb den kaufmännischen Angestellten nicht mehr vorzuzahlen konnte, als Erfolg des DHV, dargestellt. Sogar die Schaffung von Arbeitsgerichten ist ein Erfolg des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes!!! Mit der Inanspruchnahme wesentlicher sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Erfolge als Erfolge des DHV endet der erste Teil des Films. Der gewerkschaftliche Teil ist damit endgültig erledigt. Woher auch gewerkschaftliche Erfolge nehmen, wenn man keine hat? Die beiden folgenden Teile, zeigen den beruflichen, gesundheitlichen und sportlichen Teil, wenn man will — den ideellen Teil der deutschnationalen Handlungsgehilfenbewegung“. Beachtenswerte praktische Leistungen im Kaufmannstand aus dem Leben der Jugendabteilungen sowie bemerkenswerte sozialpolitische Tätigkeit. Auf diesem Gebiet, besonders auf dem letzteren, ist das eigentliche Arbeitsfeld des DHV. Die große Zahl der Angestellten,

Interesse. Heute scheitern die besten Regierungsprogramme und die besten Absichten fortschrittlicher Minister an diesem Reichsrat. — Aus diesen Gründen dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn sich trotz eines sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers der Gesetzgebung über Arbeitsschutz verweigert hat. Denn nicht unter das Arbeitsschutzgesetz fällt die Arbeit in folgenden Betrieben: 1. in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei, der Seefischerei und der Luftfahrt; 2. in solchen Nebenbetrieben der in Nr. 1 ausgenommenen Betriebe, die ihrer Art nach unter das Arbeitsschutzgesetz fallen und in denen in der Regel nicht mehr als 3 Arbeiter beschäftigt werden; 3. in der Hauswirtschaft einschließlich der Hausarbeit des Unternehmers gelegentlich persönlichen Dienste.

Der wichtigste Abschnitt ist der über die Regelung der Arbeitszeit. Werft man sich den Gedanken vor, daß am Anfang der Bestimmungen, der Aufstellung steht, der Irrtum sich, bevor überhaupt etwas über die Arbeitszeit gesagt wird, werden alle Bestimmungen aufgezählt, für die die Vorschriften über die Arbeitszeit überhaupt nicht gelten sollen. Der Abschnitt über die Arbeitszeit gilt nicht:

1. für Arbeiter im Bergbau, soweit sie unter Tage ausgeübt wird, in der Binnenschifffahrt, in der Fischerei, in Flugplätzen und Luftverkehrsanstalten, in der Zerkleinerung, in den Lohnpflug- und Lohnbrechbetrieben und in den Molkerei- und Käsebetrieben; 2. für Arbeiter in Betrieben, in denen nur Mitglieder des Familienhaushalts des Betriebsunternehmers beschäftigt werden; 3. für Arbeiter, deren Arbeit nicht in erster Linie ihrem Erwerb, sondern überwiegend ihrer körperlichen Stellung, Weiterbildung, sittlichen Besserung oder Erziehung dient; 4. für Angestellte mit wissenschaftlicher, künstlerischer, unterrichtender oder lehrerlicher Tätigkeit; 5. für Handlungsgehilfen, soweit sie auf Geschäftsreisen tätig sind; 6. für Pflegepersonal in Kranken- und Pflegeanstalten und in Heimen und 7. für Angehörige der Berufsfeuerwehr. — Obendrein kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Reichsausschusses für Arbeitsschutz bestimmen, ob weitere Gruppen der hier nicht aufgeführten Arbeitergruppen von den Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit ausgenommen werden sollen. Auch für die Befähigung von Arbeitern mit der Abnahme und Verarbeitung des frischen Fanges von Seefischen kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Reichsausschusses für Arbeitsschutz die Arbeitszeit abweichend von den Arbeitszeitvorschriften des Gesetzes regeln. Er kann mit Zustimmung des Reichsrats Bestimmungen über die Arbeitszeit der in den Flugplätzen und Luftverkehrsanstalten, in der Forstgewinnung, in den Lohnpflug- und Lohnbrechbetrieben und in den Molkerei- und Käsebetrieben beschäftigten Arbeiter erlassen. Dann heißt es endlich in § 11: „Die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers darf acht Stunden täglich nicht übersteigen.“ Das ist der Grund, zu dem das Wahlgesetz über Einkommen verpflichtet. Nach dieser Proklamierung des Achtstundentages folgen die verschiedenen Bestimmungen über Mehrarbeit, die so zahlreich sind, daß die Mehrarbeit die Regel und der Achtstundentag die Ausnahme sein wird, wenn nicht starke Organisationen die Arbeiter fassen.

Die vielen Ausnahmebestimmungen für eine mehr als achtstündige Arbeitszeit können hier nicht aufgeführt werden. Wir behalten uns darüber einen besonderen Aufsatz vor. Für heute seien nur die verschiedenen Titel genannt, unter denen sie aufgeführt werden: Andere Verteilung der Arbeitszeit; Vorbereitung und Ergänzungsarbeiten; Ununterbrochene Arbeit; Außerordentliche Fälle; den einen erhöhten Schutz für jugendliche und weibliche Arbeiter bewirken sollen; ferner Schutz über Mutterchutz und Kindererziehung, Nachschichtarbeit, Sonntagsruhe und Läden der Reichs- und der Ländergesetzgebung zu einem einzigen Reichsgesetz verbunden werden sollen, ist ein Vorteil des Entwurfs. Daneben wollen wir nicht die Vorteile verkennen, die in der neu vorgesehenen Organisation der Arbeitsaufsicht liegen. Daß wir nach wie vor den Vorschlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die gesamte Arbeitsaufsicht von den Ländern auf das Reich übertragen wollte, für den besten halten, ist selbstverständlich. Betrachten wir den Entwurf auf diese Vorschläge hin, erweist man sogar die Spuren des Vorschlages des ADGB. Denn darüber schon sich auch der Reichsrat klar zu sein, daß, wenn er als solcher den zeitlichen Forderungen durch Konfervierung des Bestehenden

## Schützt Leben und Gesundheit!

Über 1 Million Unfälle wurden im letzten Jahre allein in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Insgesamt haben sich in Deutschland in diesem Zeitraum über 2 Millionen Unfälle ereignet. Fast 24 000 Menschen, davon etwa ein Drittel in den bei den Berufsgenossenvereinen versicherten Betrieben, haben dabei ihr Leben verloren. Also täglich 64 Tote durch Unfall!

Welche Annumen von Schmerz, Kummer und Elend, zerstörtem Familienglück, vernichteten Erlöse, geistigster Zukunftshoffnungen und verlorenen wirtschaftlichen Werten stecken in diesen Zahlen! Behörden, Berufsorganisationen, Gewerkschaften, soziale, wirtschaftliche und technische Verbände sind bestrebt, Aufklärung zu schaffen und Einrichtungen zu treffen, um Unfälle zu verhindern. Manches ist schon erreicht — vieles bleibt noch zu tun! Es gilt die in Haus und Beruf, im Verkehr, in der Werkstatt, im Betriebe und auf dem Bau drohenden Gefahren zu erkennen und abzuwenden. Ein großer Teil der Unfälle ist vermeidbar, aber nur, wenn jeder bestrebt ist, sich und andere zu unschädlicheren Verfahren zu erziehen! Nicht Verbote und



UNFALLVERHÜTUNGS-KALENDER  
1929  
Unfallverhütungsbild G.m.b.H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin, W. 9, Köthenerstr. 27.



Dies sind die 3 offiziellen Aufklärungs-Broschüren zur Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo) vom 24. Februar bis 3. März 1929

Jedes der beste hat 64 Seiten illustrieren Inhalt und einen bunten Umschlag.



Bestimmungen sind das Hilfsmittel gegen Unfälle! Jeder muß mithelfen, Unfälle zu verhüten!

Der moderne Mensch soll freiwillig und verantwortungsbewußt an der Unfallverhütung mitwirken. Dieses Verständnis und Verantwortungsbewußt zu verbreiten und zu vertiefen ist das Ziel einer großen, von den Verbänden der Berufsgenossenschaften ausgehenden Veranstaltung. Vom 24. Februar bis 3. März 1929 wird eine Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo).

Jein. In allen beteiligten Kreisen hat dieser Gedanke sofort lebhaften Widerhall gefunden. Während dieser Woche soll möglichst in allen Orten des Reiches mit allen Mitteln der Aufklärung, Belehrung und Werbung die Aufmerksamkeit auf die Unfallverhütung hingelenkt werden. Zweck und Ziel der Reichs-Unfallverhütungs-Woche ist die dauernde und freudige Mitarbeit jedes einzelnen im Kampfe gegen die Unfallgefahren. Es geht um das Wohl aller Volksgenossen, es geht um Leben und Gesundheit jedes einzelnen! Der Wahlpruch der Reichs-Unfallverhütungs-Woche: „Helf! Unfälle verhüten!“ muß für alle Zeiten jedermanns Wahlspruch werden! Kollegen vom Bau und in der Werkstatt! Helf! alle dabei mit!

entgegenarbeitete, der Reichstag tabula rasa machen würde. Das Beispiel des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird ihn jedenfalls erschrecken.

Wie soll die neue Organisation der Arbeitsaufsicht aussehen? Während sie heute so bunt ist, wie die deutsche Länderkarte selbst, soll sie künftig im ganzen Reich einheitlich sein. Die Grundlage bilden die Arbeitsschutzbehörden sind die Arbeitsschutzämter und die Landesarbeitsschutzämter. Arbeitsschutzämter sind für bestimmte Bezirke zu bilden, und können auch für bestimmte Gewerbe gebildet werden. Die Bezirke der Landesarbeitsschutzämter sollen in der Regel ein zusammenhängendes Gebiet und die Bezirke von mindestens vier Arbeitsschutzämtern umfassen. Warum man sich nicht die Abgrenzung der bereits bestehenden Bezirke der Landesarbeitsschutzämter zu eigen gemacht hat, ist nicht erklärlich. Der Entwurf sieht wohl die Möglichkeit vor, daß die Landesarbeitsschutzämter sich über mehrere Ländergrenzen erstrecken können, will es aber dabei belassen, daß die in Frage kommenden Länder dann eine Vereinbarung treffen. Dem Reichsarbeitsminister ist die Zustimmung zu den Abgrenzungen der Bezirke übertragen. Die Arbeitsschutzbehörden sollen nach wie vor Landesbehörden bleiben. Dem Reichsarbeitsminister sind zwar eine Reihe Rechte und Zuständigkeiten übertragen, man hat sich aber sorgfältig gehütet, den Landesbehörden ein Reichsarbeitschutzamt zuzuordnen.

Der Entwurf ist den gewerkschaftlichen Forderungen insofern entgegenkommend, als er die Mitwirkung der Arbeiter zuläßt. „An der Arbeitsaufsicht sind nach Bedarf Personen, die die erforderliche praktische Erfahrung als Arbeitnehmer erworben haben, zu beteiligen.“ Die Oberarbeitsschutzämter sollen in allgemeinen Fragen

des Arbeitsschutzes durch einen Beirat, der sich aus der gleichen Zahl von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer des Bezirks und aus Mitgliedern, die von der obersten Landesbehörde ernannt werden, zusammensetzt. Beim Reichsarbeitsministerium wird ein Reichsausschuß für Arbeitsschutz gebildet, der sich aus je vier vom Reichsrat benannten Personen und je vier durch den Reichsarbeitsrat benannten Arbeitern und Unternehmern zusammensetzt. Der Reichsausschuß soll gebildet werden, wenn der Reichsarbeitsminister besondere Bestimmungen erlassen will, die sich auf die Zuständigkeit des Gesetzes beziehen. Auch in allgemeinen Fragen des Arbeitsschutzes wird der Reichsarbeitsminister vom Reichsausschuß beraten. Ein vorgesehene Bescheidverfahren bei den Oberarbeitsschutzämtern und beim Reichsarbeitsminister sieht gleichfalls eine Mitwirkung der Arbeiter und Unternehmer, wenn auch beschränkt, vor. Auch soll den wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitern und Unternehmern von einzelnen Gewerbezweigen Gelegenheit zur Anhörung (!) gegeben werden, wenn für einzelne Gewerbezweige entsprechend dem Arbeitsschutzgesetz Verordnungen allgemeinen Inhalts erlassen werden.

Durch die Vorschriften über die Arbeitsaufsicht wird sich aber noch eine weitere Wandlung vollziehen. Bisher sind die Gewerbeaufsichtsämter eigentlich nicht weiter als untergeordnete Organe der Polizei. Künftig wird die Polizei nur Hilfsorgan der Arbeitsschutzbehörden sein, sie hat bei Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes zu unterstützen. Und damit solchen Landesregierungen, die sich von dem Recht der politischen Vormundung schwer trennen können, nachgeholfen wird, kann der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats bestimmen, daß gewisse Aufgaben des Arbeitsschutzes den Polizeibehörden nicht übertragen werden dürfen. Wird somit wenigstens ein Organ ausgeschaltet, das die bisherige Arbeitsaufsicht erschwerete, so bleibt doch immer noch die berufsgenossenschaftliche Nebenkontrolle bestehen. Zwar sagt der Entwurf, daß die Arbeitsschutzbehörden und die sonstigen auf dem Gebiete tätigen Behörden und öffentlichen Stellen sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenseitig zu unterstützen haben und daß der Reichsarbeitsminister Bestimmungen über das Zusammenwirken der verschiedenen Behörden erlassen kann. Damit ist der wichtigste Inhalt des Entwurfs zu einem Arbeitsschutzgesetz wiedergegeben. Der Entwurf ist entsprechend den politischen Verhältnissen nur ein Kompromiß. Das letzte Wort hat der Reichstag! Er ist souverän und formt die Gesetze inhaltlich nach seiner politischen Zusammenlegung. Wir werden also auch vom Reichstag nur ein Gesetz zu erwarten haben, das ein Kompromißwerk sein wird. Dabei braucht der Reichstag sich allerdings nicht von zarter Rücksicht auf die Länder leiten zu lassen. Denn eine Stelle muß sich schließlich in Deutschland finden, die unbeirrt den Weg zu einheitsstaatlicher Verwaltung geht. Jetzt ist dazu wieder eine Möglichkeit gegeben. Möge der Reichstag handeln!

### Die vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer.

Die Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, daß bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse die Steuerbelastung des Lohnsteuerpflichtigen von vornherein durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages vermindert werden kann, ist auch heute noch vielen unbekannt. In folgendem sei daher auf diese Bestimmung aufmerksam gemacht. — Der Lohnsteuerpflichtige hat einen Anspruch auf die vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer, wenn er

die im Film seinem Hauptverbandshaus in Hamburg entkräften, haben alle zu tun mit der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen des DSW, mit der Sparkasse, mit der Altershilfe, mit der Lebensversicherung, mit der Stellenlosenkasse, mit der Verwaltung der ein oder zwei Jugend Erholungsheime und einer Anzahl Schulen im In- und Ausland. So offenbar der DSW mit Deutschkraft, daß er keine Gewerkschaft, sondern ein gut ausgezogener privater Verein für Gesundheitspflege und Berufsbildung ist. Was man keineswegs zu unterschätzen darf! Aber was diese „größte Handlungsgehilfenorganisation“ leistete auf dem Gebiete der Verbesserung der Jammersituation, das konnte auch der Film nicht zeigen. Der Film zeigte deutlich, die große Notwendigkeit der Angefallenen bei den notwendigen Gehältern ihr Leben und in großer Sorge ihren Lebensabend fristen müssen, wenn sie nicht einer großen Gewerkschaft, sondern zum großen Teil einem Klub zur „Hebung des Standes“, angehören.

Über man sah auch das, was die deutsche nationale Handlungsgehilfenbewegung nach außen hin als eine „Bewegung“ erscheinen läßt. Dabei kam auch der, trotz Lambach, unermüdliche deutsche nationale Geist zum Vorchein. Schwarzweißrot, die Farben des zusammengebrochenen Kaiserreichs, dem die Arbeiter- und Angestelltenbewegung ein Wort im Auge war, sind die Farben der Bewegung des DSW und Fridericus. Aber ist der Schutzherr seiner Jugendabteilungen unter den Klängen des Fridericus-Reichs Marschiers die DSW-Jugend auf. Wenos steht man sie im Fackelzug zum Wismarickentand walzen, um den zu ehren, der 12 Jahre lang verurteilt hat, die Arbeiterbewegung — und dazu gehören auch die Angestellten — niederzuschlagen. Dem Film und auch dem vom Sprechchor Vorgetragenen entströmte miese, reaktionäre

Hoffst. Sie meinen es natürlich „national“, und „man“ war begeistert. Besonders die Herren mit den Bäcklingen. — So genoss man einen Einblick, nicht in eine gewerkschaftliche Organisation, sondern in eine Reihe von Erholungs- und Kinderheimen. So wenig wie die gewerkschaftliche Tätigkeit des DSW ist, so groß ist seine nichtgewerkschaftliche. Im dritten Teil des Films rühmen sie sich das erste deutsche „Sportanatorium“ zu besitzen. Man sieht, wie die jungen auf dem Wuraustuhl fleiß gewordenen Körper geschmeidig gemacht werden. Man sieht und sah auch vorher viel auf dem Gebiete der Körper- und Gesundheitspflege Geleistetes. Alles erfreulich, etwa für eine Ortskrankenkasse. Aber von gewerkschaftlicher Tätigkeit, von der Tätigkeit die der DSW zur Verbesserung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen ward nichts mehr gesehen, und das muß doch wohl die Haupttätigkeit einer Organisation der Angestellten sein.

Als wir unter den Klängen des Schutzherrlichen Militärmarsches Nummer 2 die „Schauburg“ verließen, hatten wir das Gefühl einen schwarzweißrot drapierten Film der sozialpolitischen Abteilung des Stabhilfens gesehen zu haben. Noch lange klangen uns die baherfälligen Worte des Sprechchors und die zum Teil komisch-freundliche Begehmtheit in den Ohren. Der Film hatte uns mit wünschenswerter Deutlichkeit die gewerkschaftliche Latenzlosigkeit des DSW gezeigt. Er sollte allen Angestelltenpropagandern gezeigt werden, besonders denen, die im DSW eine Gewerkschaft sehen. Ihnen könnte er die Augen öffnen. Lösung jedes vorwärtsstrebenden Angestellten, jedes Arbeiterkinderes, das einen kaufmännischen Beruf ergreift, muß sein: hinein in den stetiggewerkschaftlichen DSW, dem Zentralverband der Angestellten!





# Für Heim und Familie



## Den katholischen Genossen!

Von Wilhelm Sollmann.

Die katholischen Sozialisten im Rheinland haben sich ein eigenes Organ: „Das Rote Blatt der katholischen Sozialisten“ geschaffen. Die erste Nummer ist erschienen. Sie enthält aufschlußreiche Aufsätze und Beleitworte bekannter Sozialisten. Den nachfolgenden Aufsatz des Sozialdemokraten Sollmann haben wir dem „Roten Blatt“ entnommen.

Diesen Gruß an das „Rote Blatt“ hätte ich auch überschreiben können: „Den katholischen Freunden“ oder „Den katholischen Brüdern“ oder „Den katholischen Mitstreitern“.

Diese Bemerkung gilt für diejenigen, die sich etwa durch die Anrede „Genossen“ — mir alsbedientem sozialdemokratischen Frontkämpfer ist sie die liebste — nicht getroffen oder zu sehr getroffen fühlen.

Für mich ist die sozialistische Gedankenwelt zu groß, als daß sie in einem ökonomischen, ethischen oder philosophischen Lehrgebäude ganz erfasst werden könnte. Die marxistische Sozialdemokratie ist nach den unumstößlichen Lehren der Geschichte eines halben Jahrhunderts die berufener durch nichts zu erschlaffender Führerin zum Sozialismus in Mitteleuropa. Die größte Hingabe an unsere Partei, die wir mehr lieben als unser Leben, hindert uns jedoch nicht, zu sehen, daß auch Schüler Lenins dem Sozialismus mit der stärksten Glaubens- und Willenskraft zu dienen suchen. Wir müßten blind sein gegen sozialistische Erscheinungen in anderen Ländern, Großbritannien voran, auch gegen Erfahrungen in Deutschland, wenn wir leugnen wollten, daß Christi wahre Lehre nicht ebenfalls treue, karofobgefeuerte Sozialisten schulen könnte.

Es gibt im Neuen Testament kein Wort für den Mammonismus, kein Wort für den kapitalistischen Mehrwert, kein Wort für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, kein Wort für Klassenvorrechte des Besitzes, kein Wort für Geburtsadel und satzes Bürgertum, kein Wort für Rüstungen und Massenmord!

Keine christliche Lehre widerspricht den sozialistischen Idealen.

Aber alle kapitalistischen Tassachen lästern, höhnen, schänden Gott, Christus, die Heiligen, die Gemeinschaft der Gläubigen: nirgends herrscht die Liebe, überall das Geld. Im Weltkrieg hat sich der Kapitalismus in den Blutströmen aus zehn Millionen von Lippenchristen zerschossener Menschenbetzen das grauigste Denkmal aller Zeiten gesetzt. Wie hat ein veridnisches Zeitalter so gegen den heiligen Geist des Menschentums gesündigt wie das kapitalistische, das sich heuchlerisch christlich nennt.

Der Kapitalismus war nie christlich, kann nie christlich, wird nie christlich sein. Die Weltanschauung der Liebe zum goldenen Kalb ist der Antichrist des Jahrhunderts.

Der Kapitalismus verdirbt, zerstört, vergiftet alles, was das Christentum zur Höhe moralischer Reinheit erheben will: die Ehe und die Familie, die Arbeit und den Beruf, die Kunst und das Spiel, das Kind, die Frau, den Mann. Er schafft Mordmaschinen statt Häuser, Gifte statt Nahrung, Schmerz und Pracht, während die Brüder und Schwestern hungern.

Die katholischen Sozialisten sehen, genau wie wir, keinen andern Ausweg als den Sozialismus.

Verbitterte, kapitalistische Christen beten zu den Götzen der Modernen: mehr Kapital, mehr Produktion, mehr Güter, auch wenn keine Spur „Gutes“ an ihnen zu entdecken ist.

Die katholischen, die christlichen Sozialisten, wollen, genau wie wir, menschliche, reine Kultur, die weder im Produktionsstadium noch im Tanz der Wörten werden kann.

Darum erheben sich die katholischen Sozialisten gegen ein verbürgerlichtes, kapitalistisches Christentum für das Christentum wie es sein sollte. Für den Christus, aus dessen Gleichnissen und Predigten derselbe Haß, dieselbe Verachtung gegen den schmerzenden Mammonismus sprühte wie aus dem unsterblichen Werke von Karl Marx.

So verleihe ich die Bewegung der katholischen, der religiösen Sozialisten. So gilt ihnen mein brüderliches Glückauf!

## Thieme.

Von Jo Hanns Rüstler.

Thieme ist als Kind zu heiß gebadet worden. Seitdem hat Thieme einen kleinen Stich. Und lebt in Dshag.

Eines Tages will Thieme nach Leipzig. Noch nie war Thieme in Leipzig. Was sollte er auch dort? Das kostet doch bloß Geld. Und übrig hatte Thieme nichts. Nicht fünf Pfennige.

„Ehe ich aber sterbe, muß ich dir mal Leipzig ansehen“, hatte er sich vorgenommen.

„Nun war es so weit. Schon jetztig Jahre hatte er auf dem Dackel. Also setzte er sich auf die Bahn. Und dampfte nach Leipzig.“

„Zehn Mark hatte ihm die Mutter eingepackt. „Weib, so lange es Dir gefällt“, sagte sie ihm zum Abschied, „mache keine Dummheiten, paß auf Dein Geld hübsch auf, gebe mir nicht mit bösen Mädchen, bleibe hübsch gesund, und schreibe mir mal.“

In Leipzig ging Thieme zunächst zum Friseur. Setzte sich auf ein Stühldchen nahe der Tür und wartete.

„Wollen der Herr etwas zum Leben?“

„Wenn es nichts kostet?“

„Kostet nichts.“

„Da lieh sich Thieme alle Zeitungen bringen und setzte sich darauf.“

„Der nächste Herr, bitte!“  
Thieme war der Nächste. Thieme ging hin.  
„Eine Frage erst“, fragte Thieme vorsichtig, „was kostet denn das bei Ihnen?“



BENZEL

„Dreißig Pfennige.“  
Thieme findet das reichlich teuer. Aber heute ist er ein Verschwendner. Einmal ist keimnal. Also setzt er sich.  
„Soll ich vorher mit Creme einreiben?“ fragt der Friseur.

„Wenn es nichts kostet?“  
„Kostet nichts.“  
Darauf ließ sich Thieme mit Creme einreiben.

Dreißig Pfennige sind ja ein Haufen Geld, überlegt er, aber wenn das Drum und Dran nichts kostet, ist es geschenkt. Aber er muß sich das Fragen abgewöhnen. Das fällt hier auf. Sonst denken die Leute gar, er ist aus Dshag. Das braucht doch nicht jeder zu wissen. Warum hat denn der alberne Pippich vorhin so gelächelt, als er sich nach dem Preis erkundigte? Also nur nicht mehr fragen. Alles selbstverständlich hinnehmen. Das ist so in der Stadt. Da sind die Leute kulant.

„Eine kleine Kompresse gefällig?“ fragt der Friseur.

„Was ist denn das?“

„Warme nasse Tücher.“

„Ach so. Einen Bräuseniumschlag meinen Sie? Das kostet — hm — na, geben Sie mal her, natürlich, das brauche ich, das bin ich gewohnt.“

Die heißen Tücher kommen.

„Eine kleine Massage?“

„Massage? — Selbstverständlich.“

„Sie sollten etwas für Ihre Haut tun“, redet der Friseur, während er massiert, „wir haben eine ausgezeichnete Talgcreme, die wir nur unsern Kunden mitgeben.“

„Geben Sie mir auch eine mit nach Hause.“

„Wenn der Herr wünscht.“

Thieme freut sich mächtig. Ja, das hat er schon gehört, geschenkt bekommt man allerhand in den Geschäften der Stadt. Kalender und Lustballons und Kofschuppen. Nur alles mitnehmen.

Interdessen ist die Massage beendet.

Der Friseur schwemmt mit wohriehendem Wasser.

„Nicht gut, was?“ sagt er, „erlauben Sie, daß ich Ihnen eine Glasche mit einpacke?“

„Wenn Sie so liebenswürdig sein wollen.“

„Soll ich das Haar ein wenig durchkämmen?“

Thieme weiß nicht recht. Er hat sich noch nie bei einem Friseur kämmen lassen. Schneiden tut es jeden Monat seine Frau. Und kämmen kostet in Dshag beim Friseur Geld.

„Ach was, ich frage lieber erst“, denkt er, und sagt: „Kostet das was?“

„Keine Sorge“, kämmt der Friseur los, „das berechnen wir nicht.“

Thieme freut sich. Das wird er in Dshag erzählen.

„Na, marke!“

Interdessen kämmt der Mann Thiemes Haar kreuz und quer.

„Ich weiß nicht“, sagt er bedächtig, „Sie sollten das Haar einmal anders tragen. So über der Stirn. Das macht jugendlicher.“

„So?“ meint Thieme vorsichtig.

„Ich werde Ihnen einen kleinen Fassonschnitt machen und dann walden wir das Haar gleich in die Wdh. Ich werde Ihnen eine Flasche Sprießwofl mitgeben.“

Die Schere klappert.

„Einmal ist keimnal“, läßt Thieme es über sich ergehen, „warum soll ich mir nicht auch einmal das Haar von einem Friseur schneiden lassen. Das kann doch die Welt nicht kosten. Und dann habe ich ja meine zehn Mark mit.“

Schlimmstenfalls bleibe ich einen Tag weniger in Leipzig.“

So denkt er und denkt er, und schläft dabei ein.

Eine Stunde später ist die Prozedur beendet.

„Vielen Dank, der Herr“, weckt ihn der Friseur, „Kasse, bitte.“

Thieme wack auf. Schlaftrunken. Steht vor der Kaffe.

Hinter ihm der Friseur mit dem Block.  
„Der Herr zahlen“, notiert er, „eine Kompresse, Scharf nachwaschen, Massage, Haarschneiden, Schamponieren, Friktron, Einbinden. Eine Tube Creme, eine Flasche Cologne, eine Flasche Sprießwofl. Macht genau nach Adam Riese neun Mark neunzig.“



BENZEL

„Bitte?“  
„Neunmarkneunzig“, wiederholt das Kassenfräulein. Thieme steht stumm.

„Aber ich habe doch nur — ich habe weiter nichts —“

Der Friseur lächelt:

„Wie meinen? Sie sind wohl nicht von hier?“

„Da steigt Thieme das Blut zu Kopf. Ganz rot wird ihm vor den Augen.“

„Nein“, schreit er, „aus Dshag bin ich! Aber das geht Sie einen Dreck an!“

Schmeiß das Geld auf den Tisch.

Und lauft hinaus.

## Zwei sowjetrußische Gedichte.

„Ich bin für Krieg!  
Ich möcht durchlöchern  
Das Parlament dort wie ein Sieb,  
Ein Angelhagel von den Wächern!  
Ich bin für Krieg! Fabrikheer, steig  
Gervor aus deinen Schlummerladen!  
Zum Barrikadenkampf nach Strelk!  
Zum Auffstand nach den Barrikaden ...  
Ich — gegen Krieg —  
Ich — für den Krieg!  
Für Krieg, um Frieden ohne Kriege;  
Damit der Sowjetrußball, neu  
Genächt,  
Das Haupt  
Des Weltalls sei.“

(Lieder der Lat, Zentralverlag der Völker der Sowjetunion, Moskau 1927, Seite 8, von N. Besjmenfel.)

Die roten Lanzen eingelegt, im Feuerstein,  
So kommen wir dahergelegt in Feindesreihn.  
Laut donnert unser Feldgeschrei:  
Macht Pfah der roten Reiterell!  
Her Warchau! Berlin muß unser sein!  
(D. Schellenberg, Lieder und Spiele für kommunistische Jugendgenossen und Pioniere, Moskau 1927.)  
Gleich Warchau nehmen und Berlin noch dazu? Pfat, wie imperialistisch!

## Die Wissenschaft.

Auf der Kolbenkange einer Schnellzugslokomotive, die mit achtzig Kilometer Stundengeschwindigkeit durch das Land jagte, trafen sich zwei mikroskopisch kleine Käfer, beide berühmte Professoren ihres Fachs. „Denken Sie nur, Herr Kollege“, sagte der eine zum andern, „unserne neuesten Messungen haben festgestellten, daß wir auf einem Beziehungsstystem leben, das sich in einem gewissen Bruchteil einer Sekunde eine gewisse Strecke nach vortwärts bewegt. In genau demselben Bruchteil einer Sekunde aber bewegen wir uns wieder dieselbe Strecke zurück. Welche Bewegungen, sowohl die nach vorn als auch die nach zurück, sind mathematisch gleich. Also haben sich einander auf. Mirsin ist wissenschaftlich erwiesen, daß wir auf einer Welt leben, welche nicht vom Fleck kommt. Das ist nicht besonders freudlich!“

„Gewiß nicht, Herr Kollege, aber freudlich ist das Bewußtsein, wenigstens eine Wissenschaft zu haben, die ein solches Faktum unwiderleglich feststellen kann!“

„Braver Mann. In der „Wertinger Zeitung“ liest man folgende „Warnung“: Ich werde leben, der die unwahren Aussagen behauptet, daß meine Schwiegermutter die Maul- und Klauenleude eingeschleppt hat, gerichtlich belangt. Ambros Kapeller, \*Kiedsend.  
(„Wk“)

„Preffe. Redaktion einer Tageszeitung. „Darf ich um eine Schere bitten, Herr Kollege?“

„Woju?“

„Ich muß einen Artikel schreiben.“

### Gegen die Schlechterstellung der baugewerblichen Lehrlinge!

Am 20. Januar 1929 tagte in Hannover eine Konferenz der Gesellenauschüßmitglieder des Baugewerksbundes, des Zimmerer- und Dachdeckerverbandes für den Bezirk Nordwestdeutschland. Die Konferenz nahm Stellung zu dem Vorstoß der Innungen des Baugewerbes wegen Verlängerung der Lehrzeit, Festschließung des Lehrgeldes und Gründung von Innungskrankenkassen. Daran nahmen 78 Gesellenauschüßmitglieder teil. Nach einem Vortrag des Kollegen Piffernick über die Aufgaben der Gesellenauschüßmitglieder und unsere Stellungnahme zur Verlängerung der Lehrzeit sowie zur Gründung von Innungskrankenkassen setzte eine lebhafte Aussprache ein. Daraus ergab sich, daß in einzelnen Innungsbezirken eine Verlängerung der Lehrzeit, Erhöhung des Lehrgeldes und Gründung von Innungskrankenkassen angestrebt wird. Durch Annahme nachfolgender Entschlüsse wurden die Richtlinien für die Gesellenauschüßmitglieder festgelegt. Es wurde noch der Wunsch ausgesprochen, diese Zusammenkünfte der Gesellenauschüßmitglieder des sfteren vorzunehmen, damit einheitliche Richtlinien für den gesamten Bezirk gegeben werden können.

Die einstimmig angenommene Entschlüsse lautet: Die am 20. Januar 1929 tagende Konferenz der Gesellenauschüßmitglieder des Baugewerksbundes, des Zimmerer- und Dachdeckerverbandes für den Bezirk Nordwestdeutschland erhebt schärfsten Protest gegen die Verlängerung einzelner Innungen des Baugewerbes auf Verlängerung der Lehrzeit über 3 Jahre. Sie ist einmütig der Auffassung, daß 3 Jahre vollst. zur Ausbildung genügen müssen, wenn die Unternehmer — wozu sie auch verpflichtet sind — sämtliche Lehrlinge mit handwerklich-mechanischen Arbeiten beschäftigen, um so einen guten Nachwuchs im Baugewerbe zu sichern. Ferner protestiert die Konferenz gegen die von den Innungen des Baugewerbes beabsichtigte Erhebung und Erhöhung des Lehrgeldes. Die Konferenz ist der Auffassung, daß alle Gesellenauschüßmitglieder gegen die Verlängerung der Lehrzeit, Erhöhung des Lehrgeldes und Gründung von Innungskrankenkassen zu stimmen haben.

### Von unserm Jungvolk

Jugendleiterkonferenz im Bezirksverband München. Die Jugendleiterkonferenz am 30. Dezember in München war von 14 Abgeordneten besucht. Nicht vertreten waren die Baugewerkschaften Deggendorf, Mindelheim und Rosenheim. Vom Bundesvorstand war Kollege Piffernick anwesend. Bezirksvorsitzender Kollege Hartl begrüßte die Anwesenden auf das herzlichste, er wünschte, die Konferenz möge zur Belebung der Jugendbewegung Ersprießliches beitragen. In Südbayern sind noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Vor allem ist es die Unkenntnis und Abneigung der Eltern gegenüber unserer Bewegung, die die jungen Leute von der Bewegung zurückhalten suchen. Auch ist in unserm Gebiet die Zahl der Lehrlinge verhältnismäßig gering, da hauptsächlich in ländlichen Gegenden das Alterntum besteht, wodurch landwirtschaftliche Arbeiter noch im Alter von 20 bis 30 Jahren zu Maurern „herangebildet“ werden. Auch unsere Facharbeiter müßten mehr Interesse für unsern Nachwuchs zeigen, die Lehrlinge gut behandeln und sie zur Teilnahme an unserer Bewegung anhalten. Daran fehlt es noch. — Hierzu schilderte Kollege Piffernick die Entwicklung der Jugendbewegung im Baugewerbe. Er verkennt nicht die Hindernisse, die hauptsächlich in unserm Gebiete der Bewegung entgegenstehen. In ländlichen Gegenden müßte in allen Jahresschritten wenigstens ein Vertrauensmann vorhanden sein, der unsere Schriften verteilt und in ständiger Fühlung mit den Jugendlichen, aber auch mit der Bauerschaft zu bleiben hat. Die Eltern der Jugendlichen, die ja meistens Arbeiter sind, müßten über Zweck und Ziel unserer Bewegung aufgeklärt werden. — In der Aussprache wurden die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Orten geschildert. Besonders Interesse erweckten die Ausführungen des Kollegen Hertel aus Passau, der bei Schilderung der dortigen Bewegung manchen wertvollen Fingerzeig gab. Dann sprach Kollege Piffernick über die rechtliche Frage der Lehrlinge. Die Verhältnisse hätten sich in den letzten Jahren zum Besseren gewendet. Früher gab es kein Koalitionsrecht für die Lehrlinge, heute kann niemand mehr dem Lehrling oder jugendlichen Arbeiter wegen der Organisationszugehörigkeit etwas in den Weg legen. Früher war der Lehrvertrag ein reiner Erziehungsvertrag, der Lehrling war der Willkür des Unternehmers vollständig ausgeliefert. Heute ist der Lehrvertrag auch Arbeitsvertrag; die Löhne der Lehrlinge sind geregelt im Tarifvertrag und die Unternehmer werden von den Arbeitsgerichten zur Zahlung dieser Tariflöhne angehalten. In der Aussprache wurde hauptsächlich die Frage behandelt, ob und inwiefern die Lehrlinge der Arbeitslosenversicherung unterstehen. Die Frage ist aus dem Grunde sehr brennend, da in sehr vielen Fällen die Lehrlinge während der Wintermonate aussetzen müssen und bei Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung dann mittellos dastehen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, aber die Aussprache wirkte sehr lehrreich und zeigte manchen Weg, wie die Rechte der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter am besten gefördert und verteidigt werden können. In seinem Schlußworte behandelte Kollege Piffernick noch die Frage der Gesellenauschüße und forderte die Abgeordneten auf, auch hierin nach dem Rechten zu sehen.

Jugendleiterkonferenz im Bezirksverband Nürnberg. Noch kurz vor Jahreschluß hatte der Bezirksvorstand die Baugewerkschaften und Jugendleiter zu einer Aussprache eingeladen. So traf denn am 27. Dezember in Nürnberg 23 Kollegen aus dem Bezirk ein, um über den Stand und die Zukunft unserer Jugend zu beraten. Kollege Markel begrüßte die Kollegen, worauf der Bundesvorsitzende, Kollege Piffernick, in einem lehrreichen Vortrage über Auf- und Ausbau der Jugendabteilungen den Weg zeigte, auf dem die Jugendarbeit

zum Erfolge führt. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß es in unserm Bezirk mit der Jugendbewegung noch nicht zum Besten bestellt ist. Gründe hierfür sind das zerstreute Wohnen der einzelnen Jugendlichen auf dem Lande. Auch sei nicht immer der rechte Mann zu finden, der es versteht, die Jugend zu führen. — In seinem Vortrag über die rechtliche Lage der Lehrlinge betonte Piffernick, daß der Lehrvertrag durch einen Tarifvertrag bis zu einem bestimmten Umfang zu einem Arbeitsvertrag umgewandelt werden soll. Wenn aber diese Bestimmungen bestehen bleiben und ausgebaut werden sollen, dann heißt es auf der Hut sein; denn die Unternehmer scheuen kein Mittel, um in der Lehrlingsausbildung wieder zu ihren früheren Machtvollkommenheiten zu gelangen. — In der Aussprache wurde mancher Willkürakt der Unternehmer zur Sprache gebracht. Es wurde gefordert, wie Unternehmer versuchen, die Lehrlinge, die auf ihre Rechte bestehen, zu maßregeln. Nur durch das energische Vorgehen der Vertreter unserer Bundes sind diese Unternehmer in ihre Schranken verwiesen worden. — Dann sprach Lebel, Nürnberg, über unsere Aufgaben in der Zukunft. Wollen wir andern Bezirken gleichstehen, dann müssen wir aktiver werden. Wir müssen versuchen, überall Jugendgruppen zu gründen, dort die Jugend in unserm Sinn zu erziehen, dann wird es auch in Nordbayern möglich sein, an einem Ort gemeinsam für unsere Sache zu demonstrieren und überall wird es dann heißen: das Jungvolk von Nordbayern ist auf der Hut. — Beschlüssen wurde, dieses Jahr ein Bezirksjugendtreffen abzuhalten.

### Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gepertert sind in Baurheide das Baugeschäft Sörensen, in Delmenhorst die Baustelle F. Wabert und in Geestberg die Firmen Meyer und Stühwaldt. Gepertert sind die Arbeiter der Firma Hölender aus Aachen auf der Pulverfabrik Kroisdorf bei Bonn.

Gliesenleger: Jugug nach Hofloch ist fernzubalten. Gepertert ist in Halle das Gliesenlegeschäft Albert Schäge & Co.

Föprier: In Oldenburg-Diffriesland, mit den Städten Emden, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshaven streikten die Dfenieseher. In Zeitz sind die Dfeniesehergeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnke und Emil Böhm gepertert, in Strazburg i. L. wegen Kohlenlieferungen das Dfeniesehergeschäft Richard Kleinschmidt, in Burg bei Magdeburg Uhlmann.

### Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband München. Die von der Firma Moll (Paulstue Eching) hat noch eine Anzahl Kollegen die Zuschläge für geleistete Lelberstunden zu erhalten. Die Gelder sind von der Firma bereits angewiesen. Die Kollegen haben ihre genaue Adresse unter Angabe ihres Geburtsdatums einzufenden an A. Dornweg, Landshut, Altfeld 337, 1. Et.

### Aus den Baugewerkschaften

Kempten. Unsere Generalversammlung war am 6. Januar. Nach Entgegennahme des Jahresberichts und des Kassenberichts wurde der Vorstand neu gewählt. Die Wahl zeigte, daß die Vorstandschaft das Vertrauen der Kollegen besitzt, sie wurde mit Ausnahme des stellvertretenden Vorsitzenden, Kollegen Sulzenbacher, wiedergewählt. An die Stelle Sulzenbachers trat Kollege Soldebrüht. In unsern Tarifverhandlungen sprach Kollege Färber von der Bezirksleitung, er verwies dabei auf die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen ergeben werden. Ein gerechter Reichs- und Bezirksrat müsse jedoch geschaffen werden trotz aller tharimadertischen Tendenzen der Bauunternehmer. Die Aussprache bewegte sich im Rahmen des Gehörten. Die Generalversammlung war überaus gut besucht. Der zahlreiche Besuch gab den Beweis, daß auch die Bauarbeiter in Kempten gegebenenfalls gewillt sind, zu kämpfen für ihre wirtschaftliche Bessertung.

München. In einer Versammlung unserer arbeitslosen Mitglieder am 18. Januar, erläuterte Kollege Schmidt vom Arbeitsamt die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosen und Fürsorge-Unterstützung (Krisen-Unterstützung), wie sie durch die Maßnahmen gegen die berufsüblichen Arbeitslosen auf Antrag des Verwaltungsausschusses der Reichsanstalt im Reichstag beschlossen worden ist. Danach wird es nur ein ganz kleiner Teil der Bauarbeiter sein, die durch diese besondere Maßnahme allzustark benachteiligt werden; die große Mehrheit der Kollegen, insbesondere jene, die in Klasse 11 der Arbeitslosenunterstützung waren, wird durch die besonderen Maßnahmen stark benachteiligt, da sie den höchsten Abzug durch die Überführung zur Krisenunterstützung zu ertragen haben. Der Schwerpunkt liegt jedoch darin, daß vor allem bei jedem einzelnen Arbeitslosen, sobald er zu der sogenannten Saisonunterstützung überführt werden soll, die Bedürfnisfrage geprüft werden muß. Dabei kommen dann insbesondere die Kollegen ins Hintertreffen, bei deren Familienangehörigen Verdienste nachzuweisen sind. Der Referent erläuterte ferner die Zusammenhänge der Wägung, soweit die sogenannte Freigrenze bei den Einnahmen in den Familien überschritten wird. Er erbat, soweit bei den einzelnen durch die beschlossene Maßnahme am Arbeitsamt bei der Umstellung Benachteiligungen durch Irrtümern in Betracht kommen sollten, sich an jene Stellen zu wenden, die zur Aufklärung geschaffen sind, um die Nichtstellung vornehmen zu können. In der Aussprache glaubten einige Kollegen, insbesondere Schwarzamüller und Wieland, die ganze Geschichte wiederum als einen „Verrat“ der Führer der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hinstellen zu dürfen. Wieland erlaubte sich sogar zu lägen, die Sozialdemokratie hätte auch im vorigen Jahre im Reichstag die

3 Wochen Karenzzeit beschlossen, die damals für Saisonarbeiter auf dem Ordnungswege vorgeschrieben wurden. Und Schwarzamüller als bekannter Jellenagator der Kommunisten verzapfte die bekannten kommunistischen Phrasen und glaubte besonders Eindruck schinden zu können, indem er auch die Panzerkreuzergeschichte mit dieser Frage in einen Topf warf. Als allezeit getreuer Geblüder der Parolen der kommunistischen Zentrale „begründete“ er dann eine Entschlüsse, die dem Reichsarbeitsministerium und dem WGB zugeweiht werden sollte und worin das schärfste Mißtrauen gegenüber den Führern der freien Gewerkschaften ausgesprochen wurde. Kollege Dohler wies diese unerschertigten Formüß zurück und setzte auseinander, in welcher Weise es zu den Ausnahmebestimmungen für die Saisonarbeiter gekommen sei. Es lasse sich nicht hinweglägen, daß auch in dieser Frage die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ein gutes Stück Arbeit geleistet haben, um noch Schlimmeres zu verhindern. Wäre es nach den Kommunisten gegangen, so wäre heute überhaupt kein Arbeitslosenunterstützungsgesetz vorhanden, wir bräuchten uns dann allerdings auch nicht über die besonderen Maßnahmen gegen die Saisonarbeiter zu unterhalten. Die Kommunisten-Entschlüsse ist abzulehnen, sie würde nur Verwirrung stiften. Die Kommunisten mögen erst einmal beweisen, daß es ihnen ernst ist mit der Vertretung von Arbeiterinteressen, erst dann können sie mitreden. Nach einem Schlußwort des Kollegen Schmid stimmten von rund 1000 Kollegen nur 25 für die Kamunisten-Entschlüsse.

Querfurt. Am 6. Januar tagte unsere Generalversammlung, die von 41 Mitgliedern besucht war. Vom Bezirksvorstand war Kollege Thiele anwesend. Unser Vorsitzender gab den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des vorigen Jahres 180 und am Schluß 181. Darunter befinden 20 Lehrlinge. Die Arbeitslosenzahl betrug im ersten Vierteljahr 81, im zweiten und dritten 11 und im vierten Viertel des Jahres 92. Erwidert wurden insgesamt 22 Neubauten. Ferien erhielten 10 Mitglieder. Akkordarbeit ist nicht geleistet worden. — Thiele sprach über den Reichsarbeitsvertrag. — Die Arbeitslosen wurden von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden und der Kasserer wurde entlassen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Die Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung wurden eingehend besprochen. Zum Schluß sprach Thiele noch über Lichtbildervorträge. Es wurde beschlossen, im Februar einen Lichtbildervortrag über Bauarbeiterchutz halten zu lassen.

### Aus den Fachgruppen

Befonarbeiter. München. Hier haben wir seit vier Jahren im Befonfach Lehrlinge. Im ersten Jahr der Lehrzeit konnte man schon die Wahrnehmung machen, daß manche Gesellen damit nicht einverstanden waren, denn sie setzten den Lehrlingen so zu, daß ihnen die Fremde am Lernen verging, ein Teil von ihnen zu einem andern Beruf ging und andere den Lehrberuf ganz aufgaben. So glaubten denn diese Kollegen, sich eine „Konkurrenz“ vom Halfe geschafft zu haben. Andere Lehrlinge, die ihre Lehrzeit regelrecht durdgemacht hatten, wurden bald darauf arbeitslos. Warum? Die Akkordarbeit warf sie auf Pfahler. Es gibt leider noch Kollegen, die einen schlechten Akkord für besser halten als eine gute Tagelohnarbeit. Das sind aber meistens auch die „radikalsten“ Kollegen. Nun, die genannten Jugendkollegen werden restlos der Organisation an. Über jenen radikal schillernden Kollegen sei gesagt, daß wir immer älter werden und damit auch die Jugendkraft verlieren. Trotzdem können wir uns dann nicht zur Ruhe setzen. Und wir müssen froh sein, wenn uns dann die heutige Jugend mitkommen läßt. Hüßel Gud, daß sie dann nicht Gleiches mit Gleichem vergelten! Ob Ihr im Akkord oder Schichtlohn arbeitet? Nehmt die Jugendkollegen heran, zeigt ihnen diesen und jenen Vorteil; glaubt nicht, im Akkord werdet Ihr von den Jungen benachteiligt, es gibt viele Arbeiten, die so viel besser ausgeführt werden können. Spantmorkel auch kleine Verfehlungen nicht gleich mit Schimpfnamenden oder „gar „Strafen“, sondern geht mit gutem Beispiel voran! Nur dann wird Wahrheit werden, daß, wer die Jugend hat, die Zukunft hat!

### Glaser.

Braunschweig. Am 14. Januar gab in der Generalversammlung unserer Fachgruppe unser Obmann Polzin den Jahresbericht. Im Frühjahr 1928 bestand noch keine Fachgruppe, da nur vier Kollegen organisiert waren. Ohne Tarif und bei niedrigsten Löhnen, ganz den Löhnen und der Willkür preisgegeben, gelang es in kürzester Zeit dann reger Werbearbeit, eine Fachgruppe zusammenzubringen. Es gelang das für Braunschweig bisher unmögliche, einen Tarif mit der Innung abzuschließen, der in der Spitze einen Lohn von 1,08 M vorlieht und in dem auch die Ferientage geregelt ist. Heute sind in der Fachgruppe 75 % der Kollegen organisiert. Wir konnten auch durch eine Klage einem Kollegen zu seinem rechtmäßigen Tariflohn verhelfen. Daraus ergibt sich, daß, wo Einigkeit besteht, die Kollegen auch mit Erfolg ihre Forderungen und ihre Rechte vertreten können. Dazu gehört natürlich auch ein reger Verlaunungsbesuch. Die Wahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Polzin als Obmann, des Kollegen Köller als Schriftführer. Zum Schluß wurde ein Antrag des Kollegen Hilborn angenommen, der jede Akkordarbeit verbietet.

Oera. Unsere Fachgruppe hielt am 13. Januar ihre Generalversammlung ab, in der zunächst der Geschäftsbericht gegeben wurde. Der Verlaunungsbesuch war im vergangenen Jahre nur ungenügend. Als Vorsitzender wurde Schaub und als Schriftführer Kallebach, in die Lohn- und Lehrlingskommission wurden Zehrt und Schaub gewählt. Unsere Fachgruppe wird für Lehrlinge Fachabende einrichten. Bei der Werkstattuntersuchung mußte festgestellt werden, daß im Jahre 1928 die Beschäftigung der Glaser, teilweise gut war. Wir haben 26 organisierte Kollegen. Ein Glaser gehört nicht unserer Gewerkschaft an. Kritisiert wurde die Vergabung von

Glaserarbeiten am Neubau der Tribüne, weil dabei die gasdichten Betriebe nicht beachtet worden sind.

Lötter und Fliesenleger.

Braunschweig, (Jahresbericht) Im allgemeinen konnte über Arbeitslosigkeit nicht geklagt werden.

hatten, erlebten wir 15, und zwar bei Bauarbeitern 9, bei Zimmerern 2, bei Dachdeckern 2, bei Malern und Anstreichern 2.

Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes! Für die Woche vom 28. Jan. bis 3. Febr., ist der 5. Bundesbeitrag für 1929 zu zahlen.

Nach sind heute noch Baustellen in Köln, wo die Unternehmer der entsprechenden Polizeiverordnung nicht Folge leisten.

Allgemeine Rundschau

Sprachkurse für Kinder. Die „Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins“ hat jetzt, außer den Abendkursen für Erwachsene auch Nachmittagskurse in Englisch und Französisch für Kinder von 12 bis 14 Jahren eingerichtet.

Wie wird die Hauszinssteuer vermandet? Wie die Hauszinssteuer in den einzelnen Ländern vermandet wird, zeigt nachstehende, der Zeitschrift „Zukunft“ entnommene Aufstellung.

Table with 3 columns: Land, für den Finanzbedarf, für den Zweck der Wohnbau. Rows include Sachsen, Hessen, Preußen, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Bayern, Baden, Oldenburg, Württemberg, Uebrigste Länder.

Die Zahlen sind sehr interessant. Sie zeigen ein Doppeltes. Einmal ergibt sich, daß von Preußen abgesehen, kein einziges Land auch nur 50 % des Hauszinssteueraufkommens für den Wohnungsbau verwendet.

Das Volkshochschulheim Dreißigacker eröffnet am 1. März 1929 nicht wie vorgesehen einen Frauenkursus, sondern einen Männerkursus, der bis zum 30. Juni 1929 läuft.

Bücher und Schriften

Memorien eines Sozialdemokraten. Von Wilhelm Scheidemann. 2 Bände mit 22 Bildern. Karl Heyne, Verlag Dresden. Preis broschiert 15.-, gebunden 18.-.

den Erinnerungen Scheidemanns ein Gedächtniswort, das für die Arbeiterklasse und die deutschen Republikaner von besonderer Bedeutung ist.

„Das rote Blatt.“ Auch in der katholischen Kirche machen sich sozialistische Bestrebungen geltend. Bisher beruhten noch fast ausschließlich auf dem Katholizismus herrschenden Meinung die Kirche, das Katholizismus und Sozialismus miteinander vereinbar seien, ja, daß sogar der katholische Glaube aus seinem religiösen Glauben antikapitalistisch und sozialistisch sein müsse.

Der Feind des Verlags G. v. Braunhaus, Leipzig C. 1, Querstraße 16. In einem schmalen Bändchen legt der alte Leipziger Verlag den Nachschreibbericht über die Arbeit des vergangenen Jahres vor.

„Vom Bau.“ Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Bauarbeiten in Deutschland im Jahre 1928 gegenüber dem Jahre 1927 um 25 % erhöht.

BEKANNTMACHUNG DES BUNDESVORSTANDES

Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 der Bundesgesetzgebung von der Baugewerkschaft Emden: Wilhelm Windisch, Ofenleger, geb. 4. 11. 1891, eingetrenn 16. 2. 1924 (716 480); Walter Sieber, Ofenleger, geb. 8. 6. 1906 zu Marneuhütchen, eingetrenn 28. 10. 1928 (602 801); von der Baugewerkschaft Breslau: Emil Weller, geb. 15. 8. 1879 zu Müllsch, eingetrenn 1. 8. 1907 (178 489).

Vom 15. bis 21. Januar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gefandt: Artern 429,55 M., Ahrensböck 200, Breslau 12 000, Baffam 180,05, Bedenien 127,45, Bodenem 1, Quer 1, W. 20, Bitterfeld 7021,80, Cadix a. d. E. 532,15, Craibsch 155,60, Dalingen 500,40, Derental 118,65, Deuffsch-Kaßelweg 583,36, Drochsteren 40,90, Eckernförde 791,60, Emden

Einige tüchtige Eisenmacher auf Mitteldeutsch sucht Richard Wümmerschütz, Leitzkau 1, d. Markt.

Vom Bau

Deggendorf. (Jahresbericht der Bauarbeiterkommission.) Das Jahr 1928 war für Deggendorf ein Unglücksjahr. Schon am 13. März, beim Umbau des Getreidefelds, ist einem Kollegen der rechte Mittelfinger zerquetscht worden.

Köln. (Bericht der Bauarbeiterkommission.) Im Jahre 1928 hat sich im Bauarbeitersektor nichts Gebessert, vielmehr haben die Unfälle wessentlich zugenommen.

